

**Sozialpolitische Leitlinien**

**des**

**Landkreises Peine**

**Stand: 7/2014**

**Verantwortlich: Dr. Detlef Buhmann, FBL 3**

**Inhaltsverzeichnis**

**Präambel**

**1. Ausgangslage**

**2. Handlungsfelder**

2.1 Demographische Entwicklung – ältere Menschen

2.2 Lebenswelten von Mädchen, Jungen und Familien

2.3 Inklusion

2.4 Migration und Integration

2.5 Bürgerschaftliches Engagement

2.6 Handlungsfelder übergreifende Aspekte

**3. Projekte und Maßnahmen**

**Präambel**

Vor dem Hintergrund wirksamer Sozialgesetzgebung, europäischer Richtlinien und internationaler Konventionen obliegt es der kommunalen Gebietskörperschaft Landkreis Peine, Sozialpolitik so zu gestalten, dass sie der Daseinsvorsorge und dem Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zugute kommt. Das zentrale Aufgabenfeld der Sozialpolitik liegt in der Verhinderung und dem Abbau von Ausgrenzung, Benachteiligung, Verarmung, Diskriminierung und Gewalt. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit, verstanden als faire Chance zur Teilhabe an der Gesellschaft, bezieht sich sowohl auf die Überwindung von Nachteilen als auch auf die Entwicklung von Potenzialen. Die Sozialpolitik im Landkreis ist getragen von einem Menschenbild, das ein Leben in Würde als wichtigstes Zielkriterium ansieht und sie orientiert sich an dem Vollzug von sozialer Gerechtigkeit.

Ausgehend von existentieller Sicherheit in den sozialräumlichen Lebensbezügen, den sozialen Bedürfnissen eines auf zwischenmenschliche Beziehungen und Zuwendung angewiesenen Individuums bis hin zu allen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe spannt die Sozialpolitik - unter Berücksichtigung größtmöglicher (Selbst)Befähigung und Selbstbestimmung - ein Handlungsfeld auf, das einer zielgerichteten Ausrichtung bedarf. Die Sozialpolitischen Leitlinien leisten dazu im Spannungsfeld zwischen wirksamen Kontextbedingungen, optimaler Aufgabenerfüllung und nachhaltiger Haushaltsbewirtschaftung sowie einer von Komplexität und Pluralität gekennzeichneten Lebensrealität einen Beitrag zur gesellschaftlichen Fortentwicklung eines sich in ständigem Wandel befindlichen Sozial- und Kulturraums.

In diesem auf gesellschaftlichen Ausgleich und individueller Daseinssicherung ausgerichteten Prozess schaffen die Sozialpolitischen Leitlinien eine von gemeinschaftlicher Verantwortung getragene Beteiligungs- und Mitsprachekultur, die die Voraussetzungen für eine dem Gemeinwohl dienende Ausgestaltung des kommunalen sozialpolitischen Handelns bietet. Als eine dezidiert handlungsleitende Agenda stellen die Sozialpolitischen Leitlinien darüber hinaus sicher, dass die damit beabsichtigten sozialpolitischen Zielsetzungen auch erreicht werden können; sie listen die in den kommenden Jahren umzusetzenden Maßnahmen und Projekte auf und benennen Zielgrößen zur selbstkritischen Reflexion ihrer zugrundeliegenden Wirkungsabsichten.

**1. Ausgangslage**

Sozialpolitik im kommunalen Raum steht bei sich ständig verändernden Bedingungen vor komplexen Problemlagen und erheblichen Herausforderungen. Eine zukunftsfähige Kommune erkennt die Bedeutung strategischer Themen, wie Inklusion, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, frühzeitig und macht sie zum Inhalt ihrer Strategie.

Der **demographische Wandel**, zu dessen Facetten Einwohnerrückgang, Abnahme der Schulpflichtigen, alternde Belegschaften und Fachkräftemangel ebenso gehören wie die erhebliche Zunahme älterer Menschen, ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft. Die Pflege älterer Menschen, ob durch die Familie oder durch Instrumente der Pflegeversicherung, steht sozialpolitisch im Fokus.

**Inklusion** ist eine umfassende Vision für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Die Bemühungen um Inklusion richten sich auf die Teilhabe jeder einzelnen Person, auf gegenseitige Akzeptanz und soziales Miteinander, auf die Nutzung der Vielfalt für das gemeinsame Lernen und die individuelle Entwicklung sowie auf die Beseitigung von Nachteilen und Ausgrenzung. Unsere Aufgabe als und im Landkreis ist es, Regeleinrichtungen zu befähigen, diesen Anforderungen gerecht zu werden und die Wertschätzung von Vielfalt in unserer Kommune zu befördern.

Der **ökonomische Wandel** mit seinen Anpassungszwängen verstärkt die Herausforderungen an die Sozialpolitik. Ökonomisierung und finanzielle Restriktionen machen vor dem sozialen Sektor nicht Halt. Kommunen wie gemeinnützige Organisationen sehen sich mit stärkerer Marktorientierung sowie der Etablierung einer wettbewerbsorientierten Ordnungsstruktur im Sozialbereich konfrontiert.

Für eine auf die Zukunft hin orientierte Sozialpolitik im Landkreis Peine braucht es angesichts dieser beispielhaft skizzierten Herausforderungen ein intelligentes Zusammenspiel von Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und einen entsprechenden Mix von Ressourcen der öffentlichen Hand, des Marktes, gemeinnütziger Organisatoren und des bürgerschaftlichen Engagements. Und es braucht ein Handlungsumfeld und eine Vernetzungsstruktur, die die Kooperation und gemeinsame Problemlösung von Akteurinnen und Akteuren aus diesen Bereichen ermöglichen und unterstützen.

Im Mittelpunkt aller sozialpolitischen Anstrengungen steht der hilfebedürftige Bürger bzw. die hilfebedürftige Bürgerin. Ziel der sozialpädagogischen Arbeit ist es, den einzelnen und die einzelne zu befähigen, aus der passiven Rolle des oder der Betroffenen in die aktive Rolle des bzw. der Beteiligten zu wechseln und selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln. Dazu ist die frühzeitige Beteiligung der Betroffenen erforderlich. Denn eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft fußt auf einem partizipativen Prozess, wie er etwa beim Trialog oder in Hilfeplangesprächen bereits praktiziert wird. Verbunden ist damit die Entwicklung von der institutionellen zur personenzentrierten Hilfe. Aus Sicht des hilfebedürftigen Bürgers bzw. der hilfebedürftigen Bürgerin müssen dafür die Kriterien „Transparenz und Übersichtlichkeit der Angebote“ sowie „barrierefreie Zugangsmöglichkeiten“ erfüllt sein.

Präventiv ausgerichtete Sozialpolitik muss Zukunftstrends aufnehmen, frühzeitig strukturell und operativ tätig werden und das Gebot der Wirtschaftlichkeit beachten; dazu bedient sie sich einer wirkungsorientierten Steuerung. Bei der wirkungsorientierten Steuerung wird davon ausgegangen, dass durch gezielte oder kombinierte Maßnahmen, durch die richtigen aktivierenden und präventiven Leistungen, die Lebenslagen der Betroffenen nachhaltig verändert werden und auf diese Weise auch eine fiskalische Entlastung erfolgt. Präventiv ausgerichtete Sozialpolitik muss herausfinden, was wirkt. Kommt das, was getan wird, bei den Menschen auch an. Ein probates Mittel, dies herauszufinden, ist der Wirkungsdialog. Instrumente, die dafür zur Verfügung stehen, sind die Benennung von Wirkungs-indikatoren, die Beschreibung von Qualitätsstandards, Zielvereinbarungen und eine gemeinsame Auswertung von Auftraggeber, Anbieter und Klientinnen und Klienten. Diese Instrumente und Verfahren, die auf einem wirkungsorientierten Controlling fußen, dienen dazu, die Hilfestrukturen qualitativ weiter zu entwickeln.

**2. Handlungsfelder**

Um eine verantwortungsbewusste, sach- und situationsbezogene Sozialpolitik leisten zu können, setzen die Leitlinien entsprechend den regionalen Anforderungen thematische Schwerpunkte. Damit werden andere Bereiche der Sozialpolitik zurückgestellt, ohne damit eine Aussage über deren Wichtigkeit zu verbinden oder deren Förderungsmöglichkeiten einzuschränken. In einem Diskussionsprozess mit Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden haben sich fünf zentrale Handlungsfelder herauskristallisiert, die im Folgenden näher beleuchtet werden: Demographische Entwicklung – ältere Menschen, Lebenswelten von Mädchen, Jungen und Familien, Inklusion, Migration und Integration und bürgerschaftliches Engagement.

Bei den zentralen Handlungsfeldern wie auch bei der Auswahl von konkreten Maßnahmen finden übergreifende Aspekte Berücksichtigung, die die Sozialpolitik mit steuern. Dazu zählen: Gender Mainstreaming, Subsidiarität, Planung, Prävention, Bildung und Mobilität.

 **2.1 Demographische Entwicklung: ältere Menschen**

 **Ausgangslage**

Der demografische Wandel beeinflusst unsere Gesellschaft in allen Bereichen zunehmend. Der Anteil der Älteren und Hochbetagten wird in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen, auch im Landkreis Peine. Auf die dadurch entstehenden Herausforderungen muss bereits heute reagiert werden, wenn die Lebensqualität der älteren Menschen, vor allem im ländlichen Raum, erhalten und verbessert werden soll.

Im Landkreis Peine arbeiten Verwaltung, privatwirtschaftliche und gemeinnützige Träger, Vereine und Wohlfahrtsverbände eng vernetzt zusammen, um dieses Ziel zu erreichen. Die gesellschaftlichen und politischen Akteurinnen und Akteure, insbesondere auch der Seniorenbeirat, arbeiten darauf hin, dass auf allen Ebenen in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft seniorinnen- und seniorengerecht gedacht und gehandelt wird.

Die höhere Lebenserwartung ist heute mit deutlich verbesserten Gesundheits- und Lebenschancen verbunden, Chancen für ein aktives Alter. Der Aktivität älterer Menschen Raum, Entfaltungsmöglichkeiten und Teilhabegelegenheiten zu geben, zieht sich als roter Faden durch viele Lebensbereiche: Vom Wohnen über Prävention, Gesundheit und Sport bis zu bürgerschaftlichem Engagement und der Beteiligung an Entscheidungen in der Kommune. Im Alter aktiv zu leben, ist ein Bedürfnis und gleichzeitig mehr als das: Aktivität hält fit und verbessert damit die Voraussetzungen für weitere Gesundheit und Aktivität. Hier die strukturellen Rahmenbedingungen für ein aktives und selbstbestimmtes Altern auszubauen, ist Aufgabe der kommunalen Akteurinnen und Akteure.

Die Erfahrung zeigt aber auch, dass Seniorinnen und Senioren bei fortschreitendem Alter in der Erhaltung ihrer Selbstbestimmung und Individualisierung Beratung, Unterstützung und Pflege benötigen. Die Angebote sollen daher die unterschiedlichsten Bedürfnisse möglichst wohnortnah und differenziert abdecken.

Engagement ist beim altersgerechten Wohnen nötig. Damit ältere Menschen selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können, ist der altersgerechte Um- und Neubau von Wohnungen sowie die Implementierung technischer Assistenzsysteme erforderlich. Neben einer barrierefreien oder zumindest barrierearmen Ausstattung von Wohnungen, zählen dazu auch besondere Wohnformen bei Unterstützungs- und Pflegebedarf, z.B. ambulant betreute Wohngemeinschaften. Sie bieten eine Alternative zur stationären Betreuung im Pflegeheim. Die kleinräumige Organisation ambulanter Pflege ist eine Zukunftsaufgabe im Landkreis Peine, die das Zusammenwirken von Eigenverantwortung, familiärer Unterstützung, bürgerschaftlichem Engagement, professionellen Sozialdiensten und staatlicher Absicherung erfordert.

Mit der Zusammenführung von Seniorenservicebüro und Pflegestützpunkt steht älteren Menschen im Landkreis Peine eine Beratungsstelle zur Verfügung, die die Vielfalt der Beratungs- und Unterstützungsangebote abbildet und Orientierung bietet. Die Beratungsstelle hat eine Lotsenfunktion und fungiert als Schnittstelle zwischen individuellen Anfragen, vorhandenen Angeboten und Programmen sowie ehrenamtlichen, nachbarschaftlichen und professionellen Anbietern.

**Zielstellung**

Die Angebote für Seniorinnen und Senioren im Landkreis Peine zur aktiven Teilnahme in der Gesellschaft werden kontinuierlich ausgebaut. Dabei soll drei Themenzusammenhängen besonders Rechnung getragen werden:

Im Themenzusammenhang „Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung für Berufe und Tätigkeiten, die sich mit den Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren befassen“, ist es eine Zielstellung, Arbeitsmöglichkeiten im Landkreis zu generieren und ein gezieltes, auf ältere Menschen zugeschnittenes Marketing zu entwickeln. Im Sinne von lebenslangem Lernen werden die Bildungs- und Fortbildungsangebote für Seniorinnen und Senioren ausgebaut.

Im Themenzusammenhang „Integration und Teilhabe“ werden geeignete Beteiligungsformen für soziale und gesellschaftliche Teilhabe auf lokaler Ebene entwickelt. Damit im Zusammenhang steht, quasi als Voraussetzung, die verkehrstechnische Mobilität für Senioreninnen und Senioren spürbar zu verbessern. Der Erfahrungsaustausch in der Seniorinnen- und Seniorenarbeit sollte auf allen Ebenen ebenso intensiviert werden wie die enge Zusammenarbeit zwischen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren. Verbessert werden müssen die Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten der Selbsthilfe von Seniorinnen und Senioren. Dabei  soll die Beratung in allen seniorinnen- und seniorenrelevanten Bereichen dezentralisiert werden. Zudem gilt es, die besonderen und umfangreichen Kompetenzen von Seniorinnen und Senioren zu erkennen und ihr Wissen um Traditionen und Brauchtum gewissermaßen als weichen Standortfaktor zu sichern.

Im Themenzusammenhang „Lebensqualität, Gesundheit und Pflege“ wird angestrebt, die wohnortnahe Versorgung von Seniorinnen und Senioren kontinuierlich zu verbessern. Darüber hinaus werden die Entlastungsangebote für Angehörige ausgebaut, die besonderen Interessen von Menschen mit Demenz berücksichtigt sowie neue Wohn- und Pflegeformen erprobt. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, kleinräumige Versorgungsstrukturen vor großen zu bevorzugen („Leben und Pflege im Quartier“). Ein besonderes Augenmerk liegt zukünftig auf der Förderung von Bewegung, gesunder Ernährung und medizinischer Versorgung. Stärker thematisiert werden müssen auch die psychosoziale Situation älterer Menschen sowie die psychischen Belastungen von Pflegenden und zu Pflegenden.

**2.2 Lebenswelten von Mädchen, Jungen und Familien**

**Ausgangslage**

Das Aufwachsen junger Frauen und junger Männer in der heutigen Gesellschaft ist gekennzeichnet von einem stetigen demographischen, wirtschaftlichen und kulturell bedingten Wandel, der ein verändertes Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung erforderlich macht.

Neben öffentlichen Einrichtungen, wie Kindertagesstätten und Schulen, drängen Cliquen, Medien und neue Informations- und Kommunikationstechniken den Einfluss des familiären Milieus zurück. Trotzdem bleibt die Familie zentraler Ort der Erziehung und des Aufwachsens, sie ist unersetzlich für eine gesunde und gelingende Entwicklung von Kindern. Der Familienbegriff ist so vielfältig, wie die Lebensumstände der Menschen. Familien stellen sich dar als unterschiedliche Lebensgemeinschaften, in denen Mädchen und Jungen leben.

Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation führt in Familien zu Veränderungen: So wird annähernd jede dritte Ehe geschieden, häusliche Gewalt wird sichtbar, ebenso eine Verunsicherung der Eltern in Erziehungsfragen. Hinzu kommt eine Zunahme von Störungen bereits bei Kleinkindern, wo Sprachstörungen, motorische Schwächen und Probleme im Wahrnehmungsbereich zu verzeichnen sind. Im Schulalter geben geschlechtsspezifische Formen von psychosomatischen Störungen, Suchtproblematiken und Aggressivität sowie die Entwicklung von Kriminalität Anlass zur Sorge. Die steigende Zahl auffälliger junger Männer, z.T. junger Frauen, hat zur Folge, dass bei begrenzten Ressourcen nicht immer präventiv, vor Ort, rechtzeitig und umfassend reagiert werden kann. Die Folge ist, dass Störungen sich manifestieren und oft hochschwellige Hilfen und Maßnahmen, z.B. stationäre Maßnahmen, eingeleitet werden müssen.

Die Orientierung an der Lebenswirklichkeit aller Kinder und Jugendlichen und ihren Familien ist, was wohnortnahe Angebote und Erreichbarkeit betrifft, noch nicht vollständig umgesetzt: Die Angebote von Beratung für sonderpädagogische Einrichtungen für Mädchen und Jungen sowie junge Frauen und junge Männer, befinden sich überwiegend im Bereich der Stadt Peine. Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen sind nicht immer kompatibel mit dem Arbeitsbeginn berufstätiger Frauen und berufstätiger Männer (dasselbe gilt für die Infrastruktur und Verkehrsanbindungen vor Ort); dies erschwert die Bildung und Förderung von Kindern und den Wiedereinstieg ins Berufsleben.

Durch die Einführung und Entwicklung von Qualitätsstandards und eines Qualitätssicherungsverfahrens sowie die Vernetzung sozialer Angebote ist die präventive Arbeit insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen verstärkt worden sowie eine Verzahnung mit der Gesundheitshilfe erfolgt, zudem werden eine Vielzahl flexibler ambulanter aufsuchender Hilfen, u.a. sozialpädagogische Familienhilfe, aufsuchende Familientherapie, aufsuchende Familienmediation und Familienpflege vorgehalten und Bürgerinnen und Bürger engagieren sich, beispielsweise als Erziehungslotsinnen und -lotsen, ehrenamtlich.

**Zielstellung**

Ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Mädchen und Jungen ist erforderlich, damit Lebensbedingungen geschaffen werden können, die es den Müttern, Vätern ermöglichen, für sich selbst und füreinander Verantwortung zu tragen.

Den jungen Frauen und jungen Männern im Landkreis Peine muss eine optimistische Zukunftsperspektive aufgezeigt werden, die der individuellen Lebenssituation und den daraus resultierenden Bedarfen soweit wie möglich Rechnung trägt. Bezogen auf den Themenbereich der Kinderarmut sind Strategien zu verfolgen, die die Chancen insbesondere sozial benachteiligter Kinder im Landkreis Peine verbessern. Hierzu gehört ebenfalls der Bereich der Gesundheitsförderung von Mädchen und Jungen.

Unter Berücksichtigung der Artikel 1 - 10 der UN-Kinderrechtskonvention sowie der UN-Behindertenrechtskonvention haben Kinder, Jugendliche, heranwachsende junge Frauen und junge Männer ein eigenständiges Recht auf Beratung und Förderung ihrer individuellen und sozialen Entwicklung, ferner ein Recht auf Mitbestimmung und Schutz vor Gewalt und Missbrauch. Behinderte Kinder haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe.

Familien, junge Frauen und junge Männer sind zu aktivieren, zu fördern und zu beteiligen, was beispielsweise in der Jugend- und Jugendverbandsarbeit oder in unterschiedlichen Modellen partizipativer Hilfeentwicklung praktiziert wird. Ebenso müssen Familien auf vielfältige Unterstützungsangebote zurückgreifen können.

Dies geschieht mit Hilfe einer sozialen Infrastruktur, die sich an der Lebenswirklichkeit und den Lebenswelten der Mädchen, der Jungen, jungen Frauen und jungen Männern und ihrer Familien orientiert. Insbesondere ist hier auf die Inklusion hinzuweisen, die entsprechende Erfordernisse nach sich zieht. Danach muss jeder Mensch die Möglichkeit erhalten, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Die Sicherung und Weiterentwicklung dieser Infrastruktur mit den dafür notwendigen Instrumenten ist eine Kernaufgabe der sozialpolitischen Akteurinnen und Akteure im Landkreis Peine.

Dazu gehört u.a. ein flächendeckendes und flexibles Betreuungsangebot für Mädchen und Jungen jeden Alters sowie ferner die Unterstützung der Mütter und Väter bei der Erziehung und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Familien in prekären Lebenslagen müssen darin gestärkt werden, dass sie ihren Kindern bestmögliche Bedingungen des Aufwachsens und faire Bildungschancen bieten können. Mit Schuleintritt sollen alle Kinder möglichst gleichgute Ausgangsbedingungen für ihre weitere Entwicklung und ihre Bildungslaufbahn haben.

Besondere Anstrengungen sind auch im Bereich des Übergangs von Schule und Beruf und in der Jugendsozialarbeit erforderlich, wie die hohe Zahl junger Frauen und junger Männer im Arbeitslosen- und SGB II-Bezug deutlich macht. Insbesondere die persönlichen Ressourcen müssen gestärkt werden, um im Bereich Übergang Schule-Beruf bestehen zu können.

**2.3 Inklusion**

**Ausgangslage**

Grundsatz der Inklusion ist, allen Menschen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen; sie betrifft den privaten Sektor wie den öffentlichen Bereich. Inklusion bedeutet die Berücksichtigung und Wertschätzung von Vielfalt bezogen auf kulturelle, sprachliche und ethnische Herkunft, Nationalität, Lebensstil, sexuelle Orientierung, Familienstand, sozioökonomischen Status, Alter, Geschlecht, Behinderung, Lern- und Arbeitsstil, Leistungsniveau und persönliche Interessen. Inklusion beinhaltet somit eine umfassende Vision für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Sie soll eine gleichberechtigte und insbesondere selbstbestimmte Teilhabe in allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens sicherstellen. In der öffentlichen Diskussion wird das Thema Inklusion häufig auf den Fokus Beeinträchtigung und deren Beseitigung verkürzt. Andere Dimensionen von Diversität, wie auch die in der Vielfalt liegenden Potenziale, werden unter dem Aspekt Inklusion in der öffentlichen Diskussion seltener erörtert.

Gespeist durch die UN-Behindertenrechtskonvention und die Schulgesetznovelle des Niedersächsischen Landtages fokussiert sich das öffentliche Interesse – nicht nur im Landkreis Peine – vornehmlich auf das Thema inklusive Bildung an Schulen. Bisher weniger im öffentlichen Interesse stehen die Themen Arbeit, Wohnen, Freizeit, Teilhabe und Autonomie; auch noch nicht wirklich angekommen ist, dass das Thema Inklusion eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe darstellt. Zwar sind, insbesondere in Kindertagesstätten und Schulen, inklusive Ansätze zu verzeichnen, aber insgesamt hapert es im Vollzug und in der Umsetzung. Umso mehr kommt es darauf an, in kleinen Schritten voranzukommen und Inklusion erfahrbar zu machen. Ansatzpunkte für den Landkreis Peine bieten sich hier in Teilhabekonferenzen, in konkreten Schritten hin zu einem inklusiven Sozialraum sowie der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit Hilfe eines Aktionsplans.

**Zielstellung**

Mittel- bis langfristig müssen Krippen, Kindergärten und Schulen im Landkreis Peine personell und materiell so ausgestattet sein, dass sie in der Lage sind, Kinder mit Behinderung genauso selbstverständlich aufzunehmen, wie Kinder ohne Behinderung. Derzeit gibt es noch Defizite. Kinder mit Behinderung, Beeinträchtigung oder besonderem Förderbedarf haben ein Anrecht auf zusätzliche Unterstützung durch eine Schulbegleiterin oder einen Schulbegleiter, wo qualifizierte schulische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter (noch) nicht vorhanden sind oder die notwendige Unterstützung nicht durch die Schule selbst in der erforderlichen Qualität und Quantität gewährleistet werden kann. Die individuellen Ansprüche von Kindern mit Behinderung auf eine zusätzliche Betreuung durch Schulbegleiterinnen oder Schulbegleiter haben in einigen Fällen eher exklusiven Charakter und sollten möglichst dadurch entbehrlich werden, dass Schulen für alle Kinder das jeweils erforderliche Personal vorhalten. Gelingende Inklusion muss hier von einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft getragen werden.

Im Bereich Arbeit bilden die Organisationen der öffentlichen und privaten Wirtschaft, die Industrie- und Handelskammern wie auch die Handwerkskammern und ihre Mitglieder gemeinsam mit ihren Mitgliedsunternehmen lokale und regionale Kooperationen mit den Werkstätten für behinderte Menschen. Ziel ist, die Einstellung beeinträchtigter und sozial benachteiligter Menschen auf regulären, aber angepassten Arbeitsplätzen in den Betrieben.

Die Wirtschaftsorganisationen starten eine nachhaltige Kampagne zur Aufklärung über die gesellschaftliche und soziale Mitverantwortung der Unternehmen. Sie werben für das Konzept der aktiven Umsetzung von Rechtsnormen. Sie stellen die Vorzüge dar, die die innerbetriebliche Vielfalt für die Entwicklung der Unternehmenskultur und zugleich für den wirtschaftlichen Erfolg bedeutet.

Als lokale oder regionale Kompetenzzentren vernetzen sich die Werkstätten für behinderte Menschen eng mit den ortsansässigen Betrieben. Dadurch gelingt es, ihre unterschiedlichen Arbeitswelten enger miteinander zu verbinden und besser aufeinander abzustimmen. Damit erhöhen sich die Chancen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werkstätten für behinderte Menschen, in regionalen Unternehmen leichter einen angemessenen Arbeitsplatz, den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes entsprechend, zu finden. Zugleich wird es für die Werkstätten für behinderte Menschen einfacher, Aufklärungs- und Bewusstseinsbildung bei ihren Wirtschaftspartnern zu leisten.

Im Bereich des Wohnens sollten Menschen mit Behinderungen die Möglichkeiten offen stehen, die es für Menschen ohne Behinderungen gibt. Für das selbstständige Leben in einer eigenen Wohnung müssen bei Bedarf vorrangig die dafür erforderlichen Kompetenzen vermittelt werden. Eine dauerhafte Betreuung ist nachrangig.

Die Gesellschaft muss dafür Sorge tragen, dass ihre Angebote für alle zugänglich sind. Es gilt, ein inklusives Bewusstsein in der Gesellschaft zu entwickeln, so dass Barrierefreiheit auf allen Ebenen umgesetzt wird. Dafür genügt es allerdings nicht, organisatorische und technische Voraussetzungen zu schaffen, sondern es bedarf der gleichberechtigten und anerkennenden Würdigung von Menschen mit und ohne Behinderungen durch die Gesellschaft.

**2.4 Migration und Integration**

**Ausgangslage**

Im Landkreis Peine mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 132.000 Menschen leben ca. 15.000 Menschen mit Migrationshintergrund, was einem prozentualen Anteil von 12% entspricht. Insgesamt kommen die zugewanderten Menschen aus 115 verschiedenen Nationen. Den größten Anteil stellen neben den Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei, die als Folge des Stahlbooms in den 60er und 70er Jahren nach Peine gekommen sind.

In den vergangenen Jahren hat es im Landkreis Peine eine umfangreiche inhaltliche Auseinandersetzung zum Themenfeld „Integration und Migration“ gegeben. Daraus sind verschiedene offizielle Verlautbarungen des Landkreises Peine entstanden, die auch bis heute als Handlungsgrundlage dienen, u.a. sind dies:

* das Leitbild Integration
* der Integrationsbericht des Landkreises Peine
* Strategisch gesteuerte Integrationspolitik

Darüber hinaus gibt es die Steuerungsgruppe Integration, sowie verschiedene Beratungsdienste, die durch das Engagement freier Träger aufgebaut wurden. Weiterhin konnte in den letzten Jahren ein differenziertes Bildungsangebot entwickelt werden, das sich an der Ausgangssituation und den Bedürfnissen der Migranteninnen und Migranten orientiert.

**Zielstellung**

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Integrationspolitik wird im Landkreis Peine nicht defizitorientiert verstanden, sondern setzt an den Potenzialen der Menschen mit Migrationshintergrund an. Sie entwickelt eine Kultur des Umgangs mit Vielfalt und Differenz. Damit sind zugleich Ziele bzw. ist die Handlungsausrichtung kommunaler Integrationsarbeit umrissen: Es geht nicht um Problemsichtweisen, sondern darum, Integration aktiv zu fördern und zu gestalten; wenn nötig, auch Integration nachzuholen.

Um Integrationsarbeit, einschließlich einer kontinuierlichen Beratung und zielgenauer ergänzender Bildungsangebote, erfolgreich umsetzen zu können, sind Mittel und strukturelle Rahmenbedingungen nötig:

Sprachkompetenz ist eine der zentralen Grundlagen für schulischen Erfolg. Es ist ein Fokus auf frühzeitige Zugänge zu Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege zu legen – insbesondere zu qualitativ guter alltagsintegrierter Sprachförderung. Ziel ist, Chancengerechtigkeit für alle Kinder durch Angebote früher Erziehung, Bildung und Betreuung herzustellen, ferner die Weiterentwicklung der Qualität früher Erziehung, Bildung und Betreuung in allen Formen der Kindertagesbetreuung, wobei die Teilhabe von Eltern als ein Qualitätsmerkmal frühkindlicher Bildung anzusehen ist.

Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind entscheidende Voraussetzungen für den beruflichen Erfolg. Folgende Ziele sollen im Landkreis Peine dabei verfolgt werden:

Die Rahmenbedingungen für gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten und Zugänge zu Bildung, Ausbildung und allgemeiner Weiterbildung werden optimiert, die Übergänge im Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungssystem sowie die Durchlässigkeit des Bildungssystems transparent gestaltet; die individuelle Förderung wird verstärkt und es muss gelingen, die Potenziale von Kindern, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen mit Migrationshintergrund zu erkennen und zu fördern.

Unter dem Aspekt gelingender Integrationspolitik ist eine Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst sinnvoll und erforderlich. Im Mittelpunkt stehen dabei Maßnahmen, die das Interesse am öffentlichen Dienst bei den Migrantinnen und Migranten steigern, Hemmnisse bei der Auswahl und Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund abbauen sowie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für interkulturelle Vielfalt sensibilisieren sollen.

In der Frage der Gesundheit und Pflege muss zukünftig verstärkt der wachsenden Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die älter werdende Bevölkerung mit Migrationshintergrund , Rechnung getragen werden. Ziele sind die Verbesserung des Zugangs zu Prävention und Gesundheitsförderung, zu Einrichtungen und Leistungen des Gesundheitssystems, zu Einrichtungen und Leistungen der Pflege sowie der Beschäftigung im Gesundheits- und Pflegesystem.

Die Integration der zugewanderten Bevölkerung entscheidet sich in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz und in der Schule. Die Integration vor Ort ist daher von besonderer Bedeutung. Deshalb müssen die Integration und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort verbessert sowie die Integration und der gesellschaftliche Zusammenhalt im Quartier gestärkt werden.

**2.5 Bürgerschaftliches Engagement**

**Ausgangslage**

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Baustein für den Zusammenhalt im Landkreis Peine. Es zeichnet sich aus durch Vielfalt. Neben der Tätigkeit in Vereinen und Verbänden, im Sport, in der Feuerwehr, der Freiwilligenagentur, Kirchen und gemeinnützigen Organisationen, umfasst es die Mitarbeit in Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsinitiativen, ferner politisches Engagement in Bürgerinitiativen oder Formen der Bürgerbeteiligung, um nur einige Beispiele zu nennen.

„Jeder, der gibt, erhält auch etwas zurück“ Nach diesem Zitat handeln viele freiwillig Engagierte in unserem Landkreis und tragen dadurch erheblich zum Gemeinwohl bei. Allen Formen und Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements ist gemeinsam, dass es Handlungen sind, die Menschen außerhalb eines Erwerbsverhältnisses für andere, aber auch für sich tun.

Seit den 80er-Jahren wird bundesweit u.a. in Kontaktstellen für Selbsthilfe und in Freiwilligenagenturen, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement vermittelt und unterstützt. Neben organisierten und angeleiteten Formen der Engagementförderung gibt es in den letzten Jahren im Landkreis Peine zunehmend verstärkt selbstorganisiertes bürgerschaftliches Engagement. Beispielsweise bietet die Generationenhilfe in Hohenhameln, die in anderen Gemeinden bereits Nachahmer gefunden hat, Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Arbeiten.

Freiwillig Engagierte erfahren Bestätigung durch ihr (selbst)wirksames Handeln; sie erfahren besondere Anerkennung, wenn Politik, Gesellschaft und Organisation angemessene und innovative Formen des „Zurückgebens“ finden.

**Zielstellung**

Auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist ein demokratisches Gemeinwesen angewiesen. Ziel des Landkreises ist es daher, bürgerschaftliche Aktivitäten in allen Altersstufen und allen Gruppen zu wecken und weiterzuentwickeln sowie die ehrenamtlicher Arbeit zu (be)fördern, damit sich möglichst viele Menschen im Landkreis ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren. Dieser Prozess muss in Kooperation zwischen Kommunalpolitik, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Verwaltungen gestaltet werden. In keinem Fall darf das bürgerschaftliche Engagement Lückenbüßer für zurückgehende öffentliche Leistungen sein.

Ziel muss es sein, noch mehr Menschen zu gewinnen, die sich im Landkreis Peine engagieren. Denn damit wird nicht nur die soziale Infrastruktur gestärkt, sondern bürgerschaftliches Engagement stellt so etwas wie den Kitt in einer Gesellschaft dar, ohne den ihr der Zusammenhalt fehlt.

Um auch in Zukunft die Freiwilligenarbeit zu stärken, ist eine gute engagementfördernde kommunale Infrastruktur erforderlich, der eine begleitende, beratende und entwickelnde Funktion zukommt. Ein wesentlicher Faktor dieser Struktur ist die Freiwilligenagentur. Dort bekommen interessierte Beratung sowie persönliche Begleitung und Hilfe bei ihrem jeweiligen Anliegen. Ein anderer wesentlicher Faktor stellt die Begleitung des selbstorganisierten bürgerschaftlichen Engagements dar, der Vernetzung und des Austausches der dort engagierten Bürgerinnen und Bürger. Um bürgerschaftliches Engagement zu stärken, müssen professionelle Begleitung, Beratung, Weiterbildungs- und Schulungsangebote ineinander greifen. Ferner ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es Migrantinnen und Migranten wie auch Menschen mit Einschränkungen leicht fällt, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Eine besondere fachliche Herausforderung ist die Einbindung eher engagementferner Gruppen, bei denen aufsuchende Formate der Engagementförderung erforderlich sind.

**2.6 Handlungsfelder übergreifende Aspekte**

Aus der Beschreibung der zentralen Handlungsfelder ergeben sich übergreifende Aspekte:

* Soziale Dienstleistungen weisen häufig **zwei Zielperspektiven** auf: eine auf die Verbesserung von individuellen Lebensbedingungen gerichtete sowie eine am gesellschaftlichen (Integrations-)Bedarf orientierte. Personenbezogenen Aspekten wird durch Einzelfallarbeit sowie speziell auf Zielgruppen zugeschnittene Maßnahmen Rechnung getragen, etwa zur Migrationspolitik, zur Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder bei der Beachtung von unterschiedlichen Bedürfnissen der Geschlechter. Forderungen nach weitreichenden Unterstützungsleistungen konfligieren dabei nicht selten mit den nicht uneingeschränkt verfügbaren öffentlich finanzierten sozialen Dienstleistungen.

* Die Handlungsfelder Inklusion und demographische Entwicklung sind Beispiele für **Querschnittsaufgaben**, die sich am besten ganzheitlich, **ressort- und ebenenübergreifend** voranbringen lassen. So bietet Generationenpolitik die Chance einer Abstimmung von Sozial- und Wohnungspolitik und anderer Handlungs- und Politikfelder unter dem Dach der Gestaltung des demographischen Wandels und mit Beteiligung derjenigen, die heute und in Zukunft betroffen sind. Ähnliches gilt für die Schaffung inklusiver Sozialräume. Ein inklusiver Sozialraum ist ein barrierefreies Lebensumfeld, das alle Menschen mit und ohne Behinderungen, alte und junge Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund selbstbestimmt gemeinsam nutzen und mitgestalten können. Zur Schaffung inklusiver Sozialräume braucht es eine gemeinsame Strategie aller Akteurinnen und Akteure vor Ort.
* Komplexe Problemlagen, wie beispielsweise der demographische Wandel, Armut und soziale Ungleichheit, erfordern gemeinsame Problemlösungen durch Akteurinnen und Akteure aus Staat bzw. Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dazu müssen die unterschiedlichen Systemlogiken zusammengebracht und die oftmals unübersichtlichen, versäulten Leistungssysteme im Sinne der Betroffenen gebündelt werden. Wege zur Realisierung sind der partnerschaftliche Dialog, **Kooperation und Vernetzung**, auch um neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln und den zivilgesellschaftlichen Lösungsbeitrag angemessen einbeziehen zu können. Kooperation, Koordination und Vernetzung von Hilfen, die sich zunehmend ökonomischer, vernetzter und individualisierter darstellen, sowie eine enge Verbindung mit dem Gemeinwesen kennzeichnen das Handeln in den Arbeitsfeldern, denn das Zusammenwirken aller ist Voraussetzung für den wirkungsvollen Einsatz der verfügbaren Ressourcen im Landkreis Peine.
* Nach wie vor ist es eine besondere Herausforderung, Wege zu finden und zu gehen, auf denen Bürgerinnen und Bürger zusammen mit öffentlichen und privaten Institutionen gemeinsame Angelegenheiten in der Kommune voranbringen. Mit einem auf frühzeitige Beteiligung setzenden, **partizipativen Ansatz** kann erreicht werden, dass die Kenntnisse und Erfahrungen der verschiedenen Akteurinnen und Akteure im Landkreis in Planungen und kommunales Handeln einfließen und zu größerer Ressourceneffizienz führen. Teilhabe ist eine gemeinsame Angelegenheit, Stärkung der Selbsthilfepotenziale ein wichtiger Baustein und bürgerschaftliches Engagement ein Kernanliegen im Landkreis Peine. Sozialpolitik setzt dabei auf Dialog und Beteiligung.
* In den Handlungsfeldern „Demographische Entwicklung – ältere Menschen“ und „Lebenswelten von Mädchen, Jungen und Familien“ wird dezidiert auf den Ausbau wohnortnaher, **dezentraler Beratungsangebote** gesetzt. Realisiert werden sollen vernetzte Anlaufstellen in den Gemeinden, die als Knotenpunkte für Information, Beratung, Begegnung und Unterstützung fungieren. Sie bündeln Angebote an einem Ort, an dem bürgerschaftliches Engagement ebenso andocken kann, wie familienunterstützende oder altersgerechte Dienstleistungen.
* Dialog und Beteiligung als Prinzipien der Sozialpolitik erfordern entsprechende Kommunikationsplattformen und -kanäle. Zudem soll eine **Austauschplattform** eingerichtet werden, die als eine Art Ideenwerkstatt fungiert und darüber einen Mehrwert für die soziale Infrastruktur im Landkreis generiert. Für den Bereich der Jugendhilfe übernimmt die AG 78 diese Funktion.
* Engagement, Partizipation, Kooperation, Vernetzung, Prävention und der Ausbau dezentraler Angebote sind somit Kernelemente bei der Lösung anstehender sozialpolitischer Entwicklungsaufgaben im Landkreis Peine.

**3. Projekte und Maßnahmen**

Im Rahmen eines Maßnahmekatalogs sollen die im Folgenden benannten Projekte bis Ende 2015 verbindlich umgesetzt werden. Eine Evaluation findet im ersten Quartal 2016 statt.

**Demographische Entwicklung – ältere Menschen**

* Der Landkreis entwickelt in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Qualifizierungsangebote zum Coaching und zur Fortbildung für Gruppenleitungen: Module für die Fortbildung von Seniorenkreisleitungen sowie Module für die Fortbildung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen.
* Der Landkreis Peine leitet einen Prozess zur Förderung gesunder Lebensweisen älterer Menschen ein. Im Rahmen von Fachtagungen werden Themenschwerpunkte bearbeitet, wie „Gesunde Ernährung und tägliche Bewegung“ und „Die Erhaltung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit“. Darüber hinaus werden im Rahmen des BAGSO-Projekts „Im Alter IN FORM gesunde Lebensstile fördern!“ Nachbarschaftshilfen und Qualifizierungsangebote in den Gemeinden, den Stadtteilen und Ortschaften ausgebaut sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Förderung der Erhaltung der Selbständigkeit von Seniorinnen und Senioren durch gesunde Lebensweisen eingesetzt.
* Der Landkreis wirkt in Kooperation mit KISS (Kontakt- und
Informationsstelle für Selbsthilfe) sowie den Anbietern von ambulanten und stationären Pflegeleistungen vor Ort darauf hin, die Entlastungsangebote für pflegende Angehörige auszubauen. Dazu werden Gruppenan- gebote in den Gemeinden geplant und durchgeführt.
* Der Landkreis Peine initiiert mit dem Ziel, Interesse für den Pflegeberuf zu wecken und das Image von Pflegefachkräften aufzuwerten, Projekttage zum Thema Pflege. Dazu sollen alle Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld „Pflege“ (ambulante Pflege, teilstationäre und stationäre Pflege, Berufsbildenden Schulen, Sanitätshäuser usw.) im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen für das Berufsfeld Pflege eingebunden werden.

**Lebenswelten von Mädchen, Jungen und Familien**

* Kinder und Jugendliche aus Familien in prekären Situationen und multiplen Problemlagen und ihre Eltern sind aus verschiedenen Gründen nicht mobil. Gerade sie benötigen hochqualifizierte und umfangreiche wohnortnahe Beratungsangebote. Durch diese umfassenden Beratungsangebote soll der Erhalt der Familien gesichert werden. Aufsuchende Beratungsmodelle werden priorisiert. Dezentrale Beratung wird an Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen projekthaft eingerichtet. Zielgruppe sind insbesondere Familien mit umfassenden Problemlagen. Die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, Wohlfahrtsverbände oder freie Träger richten dazu in mindestens einer Einrichtung in jeder Landkreiskommune feste Beratungstermine ein. Beratungsangebote sollen zudem den professionellen Fachkräften aus KiTa und Schule zugänglich sein.
* Sollte der Erhalt der Familie nicht möglich sein und eine außerfamiliäre Unterbringung für Kinder erforderlich werden, müssen vor Ort ergänzende Angebote im stationären Bereich sowie im Bereich von Pflegefamilien und Erziehungsstellen vorgehalten werden. Die Zahl der verfügbaren Pflegefamilien und Erziehungsstellen im Landkreis soll erhöht werden. Gleichzeitig sind flexible, bedarfsgerechte, aufsuchende Modelle zu entwickeln, die eine schnelle Rückführung mit dauerhafter Perspektive für das Kind ermöglichen. Zudem sind insbesondere Pflegefamilien und Ursprungsfamilien aus einer Hand zu beraten, damit eine Rückführung im Sinne des Kindes umgesetzt werden kann.
* Der Bereich der frühen Hilfen soll in enger Kooperation mit den Akteurinnen und Akteuren der Jugendhilfe und Gesundheitshilfe weiter ausgebaut werden, um durch diesen präventiven Ansatz Familien zu stärken. Auch diese Beratungsangebote sollen dezentral in enger Verbindung zu Familienzentren oder ähnlich geeigneten Einrichtungen durchgeführt werden. Parallel dazu wird im Netzwerk „Frühe Hilfen“ ein Konzept entwickelt, das auf die Bedarfe des Ausbaus eingeht und sie präzisiert.

**Inklusion**

* Die Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nehmen die Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft Landkreis Peine mbH und das Jobcenter als Dienstleister in Anspruch, um auf diesem Wege und in Kooperation mit Partnern aus der Wirtschaft mehr Menschen mit Behinderung den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen sowie den Anteil an Integrationsarbeitsplätzen in Betrieben im Landkreis zu erhöhen.
* Es wird geprüft, eine „ Wohnschule“ im Landkreis zu installieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in der Regel junge Erwachsene, sollen dort lernen, selbstbestimmt zu leben und insbesondere Kompetenzen in den Bereichen Haushaltsführung, Reinigung, Freizeitgestaltung, Mobilität und Finanzen erwerben. Vorbild dafür ist die Wolfsburger Wohnschule der Evangelischen Familienbildungsstätte Wolfsburg.
* Angebote der Kinder- und Jugendbetreuung in den Nachmittagsstunden oder in den Ferien werden barrierefrei und so gestaltet, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen teilnehmen können.

**Migration und Integration**

* Einrichtung einer Sprachförderklasse (SFK) im Landkreis Peine, die sich an das Konzept bestehender Sprachförderklassen anlehnt (u.a. Hildesheim und Gifhorn). Grundlage dafür ist der Runderlass des niedersächsischen Kultusministeriums: „Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache RdErl. d. MK v. 21.7.2005 - 26 - 81 625 - VORIS 22410“.
* Der Zugang zu den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) wird für die leistungsberechtigten Antragstellerinnen und Antragsteller und hier vor allem für Familien mit Migrationshintergrund verbessert. Im Rahmen von aufsuchender Arbeit werden die betroffenen Familien über die bestehenden Dienste aufgesucht und zusätzlich informiert. Bis Ende 2015 soll die Zahl der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die die BUT-Leistungen in Anspruch nehmen, um 10 Prozent gesteigert werden.
* Ältere Menschen mit Migrationshintergrund werden über qualifizierte Multiplikatoren und Multiplikatorinnen gleicher kultureller Herkunft über gesundheitliche Versorgungs- und Unterstützungsmöglichkeiten informiert. Dazu wird ein Projekt zur Qualifizierung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen mit Migrationshintergrund initiiert.

**Bürgerschaftliches Engagement**

* Neue Formen der Beteiligung von ehrenamtlich Interessierten werden zusammen mit Engagierten entwickelt. Eine Zukunftskonferenz für Bürgerinnen und Bürger wird dazu im ersten Halbjahr 2015 durchgeführt. Stichworte sind: Mit-Steuern bei der Ressourcenverwendung, Mit-Entwickeln und Mit-Umsetzen von Lösungen, Mit-Bewerten der Wirkung.
* Der Landkreis Peine unterstützt Einrichtungen und Vereine, die das bürgerschaftliche Ehrenamt fördern oder professionell begleiten, bei Schulungen finanziell bzw. durch entsprechende Angebote der Kreisvolkshochschule.
* Beratung und Unterstützung bei der Stärkung familiärer, nachbarschaftlicher und örtlicher Versorgungsarrangements, beispielsweise bei dem Aufbau von Nachbarschaftshilfen, werden in Kooperation von Freiwilligenagentur, Pflegestützpunkt, Seniorenservicebüro und anderen Akteurinnen und Akteuren angeboten. Die in 2015 geplante Zukunftskonferenz soll auch dazu dienen, die Zusammenarbeit und die vorhandenen Unterstützungsstrukturen konzeptionell zu unterfüttern und neue Projekte zu generieren.